

Fluglärmgegner sind selber im Clinch

Die Vereine «Bürgerprotest Fluglärm Ost» und «Flugschneise Süd – Nein» kämpfen um das Oberland

Der Abstimmungskampf um die Flughafenvorlagen ändert nichts daran: Die grossen Bürgerorganisationen bekämpfen sich. Martin Bäumle ist mit einem Einigungsversuch gescheitert – und ist entsprechend verärgert.

Andreas Schürer

Den Zürcher Oberländern wird derzeit besondere Aufmerksamkeit zuteil: Im Abstimmungskampf um die Flughafenvorlagen steht ihr Wohlergehen im Fokus. Die Vereine «Bürgerprotest Fluglärm Ost» (BFO) und «Flugschneise Süd – Nein» (VFSN) nehmen beide

Kantonale Abstimmung vom 27. November
Flughafenvorlagen

für sich in Anspruch, dass nur sie wissen, was für die Ustermer und Wetziker gut ist. Und sie sind sicher, dass die Empfehlungen der jeweils anderen Organisation dem Oberland einen veritablen Lärmteppich bescheren würden.

Der BFO warnt die Oberländer vor einem Nein zur Behördeninitiative, die Aus- und Neubauten von Pisten am Flughafen Zürich verhindern will. Ein Nein würde den Plänen für eine Verlängerung der Ostpiste Vorschub leisten, was zu mehr Ostanflügen führen würde, mahnt der BFO. Heute wird von 21 bis etwa 23 Uhr beziehungsweise am Wochenende von 20 bis zirka 23 Uhr von Osten her angefliegen. Im Raum steht aber die Einführung der sogenannten Variante «J opt», die – mit Pistenverlängerungen notabene – Nordstarts und Ostanflüge vorsieht, und zwar nicht nur abends, sondern zusätzlich von 10 bis 16 Uhr. Im Sachplan Infrastruktur Luftfahrt (SIL), den der Bundesrat voraussichtlich nächstes Jahr verabschieden wird, ist die Variante «J opt» enthalten, und sie wird vom Flughafen favorisiert. Fritz Kauf, Co-Präsident des BFO, warnt: «Das Oberland müsste dann acht statt zwei Stunden pro Tag Ostanflüge aushalten – es würde zur Lärmwüste.»

Der VFSN dagegen mahnt, dass die Variante «J opt» für das Oberland das kleinere Übel sei. Um die stündliche Spitzenkapazität zu optimieren, sei der Flughafen nämlich auf ein kreuzungsfreies Regime angewiesen. Falls ein solches nicht mit Nordstarts und Ostan-



Graue Stimmung über dem Flughafen: Auch das Verhältnis zwischen den Bürgerorganisationen bleibt getrübt.

CHRISTIAN BEUTLER / NZ

dungen realisiert werden könne, würde bald auf Südstarts geradeaus und Nordlandungen ausgewichen, prognostiziert der VFSN-Präsident Thomas Morf. Diese Südstarts, die auch über Dübendorf, Volketswil und Uster führten, seien viel lauter als die Ostanflüge: «Für das Oberland wäre dieses Szenario verheerend», sagt Morf. Der BFO kontert, dies sei Angstmacherei – ein solches Regime sei im SIL gar nicht vorgesehen.

Flyer-Aktion im Oberland

Die Flughafenlobby kann sich die Hände reiben. Denn die beiden Bürgerorganisationen zerfleischen sich gegenseitig. Der BFO schreibt auf seiner Homepage unter dem Titel «Das Oberland wird verlieren»: «Hören Sie nicht auf die Goldküstenvertreter vom VFSN, denn denen geht es nur darum, ihren Fluglärm ins Oberland abzuschleppen.» In den nächsten Tagen verschickt der BFO einen Flyer in alle Haushalte der Be-

zirke Uster, Hinwil und Pfäffikon, in dem dies weiter ausgeführt wird. Der Tenor: «Zur Schonung der Goldküste soll das Oberland geopfert werden.»

Enttäuschter Martin Bäumle

Der VFSN seinerseits bezeichnet die Behördeninitiative als «Egoisten-Initiative», mit der die Südanflüge zementiert und eine Verlagerung des Fluglärms erreicht werden solle. Die Variante «J opt» würde nachgewiesenermassen am wenigsten Menschen mit Fluglärm belasten. Die Behördeninitiative habe einzig zum Ziel, einen künftigen Entwurf für dieses sinnvolle Betriebsregime zu verhindern, kritisiert Morf. Ohnehin gehe es dem BFO seit zehn Jahren vor allem darum, dass auch der Süden von Fluglärm belastet sei: «Die kämpfen mehr gegen uns als gegen den Fluglärm.» Der VFSN selber beschränkt sich im Abstimmungskampf aber auch fast gänzlich darauf, gegen die Behörden-

initiative anzutreten. Den eigenen Gegenvorschlag vertritt er nur halbherzig.

Ein Ärgernis ist dieser Kampf der Regionen für Martin Bäumle (glp.), Nationalrat und Stadtrat von Dübendorf. Bäumle hatte hinter den Kulissen intensiv darauf hingearbeitet, dass der BFO und der VFSN im Abstimmungskampf gemeinsam auftreten. Bäumles Strategie lautete: Alle Fluglärmorganisationen kämpfen im Sinne einer ökonomisch und ökologisch verträglichen Entwicklung des Flughafens für ein doppeltes Ja, die regionalen Interessen sollten erst bei der Stichfrage zum Zug kommen. Im Osten und Norden fand Bäumle Gehör, nicht aber im Süden. Das sei sehr enttäuschend, denn jetzt würden sich die Regionen weiter gegeneinander ausspielen. Der Profiteur dieser Sankt-Florians-Politik sei der Flughafen, meint Bäumle: «Der kann gelassen zuschauen, wie sich die Bürgerorganisationen gegenseitig schaden – und munter weiter ausbauen.»

Nachbessern in Neu-Oerlikon

Sonderbauvorschriften angepasst

Die Areale von ABB und Bührle in Oerlikon waren die erste grosse Industriebrache, die in Zürich Ende der achtziger und Anfang der neunziger Jahre umgenutzt wurde. Entstanden ist ein architektonisch vorbildliches Neubauviertel mit Schattenseiten. Etwas anonym und abends zu wenig belebt wirkt das Quartier. Rückblickend hätte man besser einige der pittoresken Industriebauten stehen gelassen und die Erdgeschosses an zentraler Lage für Restaurants und Läden vorgesehen. Dies will der Stadtrat nun nachholen. Nach seinem erfolgreichen Kampf für den Erhalt und die Verschiebung des MFO-Direktionsgebäudes will er mit einer Änderung der Sonderbauvorschriften auch für den Schutz anderer Industriezeu gen sorgen. Dabei geht es um das Gebäude 87T, einen Backsteinbau, der ursprünglich einer Erweiterung des MFO-Parks hätte weichen sollen. Erhalten bleiben soll auch die für Veranstaltungen genutzte Halle 550. Ferner hat die Stadt mit der Grundbesitzerin ABB ausgehandelt, dass in Bahnhofsnähe «publikumsintensive Nutzungen» in den Erdgeschossen untergebracht werden. Dafür rechnet man ihr diese Flächen bei der Ausnützungskalkulation nicht an. Die revidierten Sonderbauvorschriften sind vom 9. November bis 20. Januar im Amtshaus IV öffentlich aufgelegt.

Streit um das EWZ-Abo der ETH

Studierende fordern eine Diskussion über den Strombezug der Hochschule

Die ETH Zürich verbraucht jährlich etwa so viel Strom wie eine kleine Stadt. Dieser Strom stammte bis Ende 2010 aus erneuerbaren Energiequellen. 2011 aber wechselte die Hochschule ihr Abo beim EWZ von «Naturpower» zu «Mixpower», was bedeutet, dass der Strom fortan aus konventionellen Quellen stammt – aus Atomkraftwerken und Kehrlichtverbrennungsanlagen.

Während die ETH 2007 die damalige Umstellung auf Ökostrom in der haus-eigenen Zeitung «ETH Life» stolz als Umweltengagement deklarierte, erfolgte die Kehrtwende ohne mediale Begleitmusik. «Klammheimlich», wie eine Gruppe ETH-Studierender sagt, die diesen Richtungswechsel nicht einfach hinnehmen will. Nachdem eine Facebook-Seite eingerichtet und eine Petition für die Rückkehr zu Ökostrom lanciert worden war, hat am Dienstag eine Aussprache zwischen ETH-Präsident Ralph Eichler und Vertretern der Aktionsgruppe stattgefunden.

Konstruktiv und offen

Diese Aussprache sei konstruktiv und offen verlaufen, betonen beide Seiten. Aus dem Gespräch seien einige Ideen der Studierenden aufgenommen worden, die die Schulleitung nun näher prüfen wolle, erklärte ETH-Sprecher Ro-

man Klingler. Von den Resultaten dieser Prüfung mache man das weitere Vorgehen abhängig, sagt ETH-Studentin und Mitglied der Aktionsgruppe Nicole Seitz. Vorderhand werde man aber die Petition nicht zurückziehen. Die Bögen seien verteilt, und die Studierenden könnten sie unterschreiben. Sollte die ETH tatsächlich «konstruktive» Vorschläge unterbreiten, werde man die Aktion abbrechen, versicherte Seitz.

Welche Lösungen für die Studierenden akzeptabel sind, präzisierte Seitz gegenüber der NZZ nicht. Nebst der Rückkehr zum Ökostrom seien aber auch Kompensationen denkbar. Ebenso wichtig wie konkrete Schritte hin zu einer ökologischen Energiepolitik sind für die Studentin jedoch auch die Signale, welche die ETH aussendet. Der Abo-Wechsel sei von vielen nicht verstanden worden, glaubt Seitz. Nicht zuletzt habe sich die ETH damit ein Kommunikationsproblem eingehandelt. Die Studierenden wünschen nun eine öffentliche Debatte, wie sich die ETH in dieser Frage zu verhalten habe. Sollte eine Mehrheit mit dem Vorgehen der Schulleitung einverstanden sein, werde man das auch akzeptieren, sagte Seitz.

Tatsächlich scheint die Hochschule mit ihrem Strombezug aus konventionellen Quellen gegen das eigene Leitbild zu verstossen. Darin schreibt die ETH unter anderem: «Auch auf dem

eigenen Campus setzt sie mit nachhaltigen Initiativen Zeichen.»

Die ETH definiere ihr Engagement nicht über den Anteil an bezogenem Ökostrom, sondern über den Begriff der Nachhaltigkeit, entgegnet ETH-Sprecher Roman Klingler dem Vorwurf. Dabei stehe der CO₂-Footprint im Vordergrund. So werde zum Beispiel auf dem Höggerberg ein Erdspeichersystem realisiert, durch das man den Campus bis 2025 praktisch CO₂-frei beheizen und kühlen wolle.

Geförderte Energieforschung

Durch den Verzicht auf Ökostrom spart die ETH aber auch kräftig: jährlich 800 000 Franken, wie der «Tages-Anzeiger» errechnet hat. Dieses Geld will die Schulleitung lieber in die Forschung stecken als dem EWZ bezahlen. So hat die ETH 2009/10 vier neue Professuren im Bereich Energietechnik geschaffen. Dieses Jahr sind laut Klingler zwei weitere Professuren im Bereich Elektrochemie/Speicherung hinzugekommen. Insgesamt wuchsen die Aufwendungen der ETH für die Energieforschung von 2009 bis 2011 von 62 Millionen Franken auf 76 Millionen Franken, ein Plus von 22 Prozent. Und für die kommenden Jahre sei ein weiteres Ausgabenwachstum prognostiziert, sagt Klingler weiter.

«Das letzte Gefecht»

GLP zu den Flughafenvorlagen

Die Zürcher Grünliberalen blicken dem Wahl- und Abstimmungssonntag vom 27. November sowohl optimistisch als auch äusserst pessimistisch entgegen. Wie die kantonale Co-Präsidentin Tiana Angelina Moser an der Mitglieder-versammlung vom Dienstagabend in Au ZH erläutert hat, verfüge die grünliberale Ständeratskandidatin Verena Diener über eine sehr gute Ausgangslage für den zweiten Wahlgang. «Sie hat am 23. Oktober ein Spitzenresultat erzielt, das als klarer Vertrauensbeweis für ihre politische Arbeit in Bern zu werten ist.» Die offizielle Nomination Verena Dieners war für die Mitglieder denn auch nur ein formeller Akt. Stolz zeigte man sich nicht nur angesichts des erzielten Resultats in den Ständerats-, sondern auch über den Gewinn eines vierten Sitzes in den Nationalratswahlen.

Mit deutlich weniger Optimismus ergriff Martin Bäumle, der Präsident der GLP Schweiz, das Wort. Er äusserte sich zu den beiden Flughafenvorlagen und bezeichnete diese als «Schlüsselabstimmung». Es sei das «letzte Gefecht», bei dem die Stimmbürger die Möglichkeit hätten, die Rahmenbedingungen für eine sinnvolle Flughafenentwicklung festzulegen. Die Ja-Parolen – inklusive Vorzug des Gegenvorschlags bei der Stichfrage – hatte die GLP bereits im Jahr 2009 gefasst.

Als verheerend habe sich nun aber herausgestellt, dass nicht alle Bürgerorganisationen am gleichen Strick zögen und der Süden die Behördeninitiative bekämpfe (siehe Artikel links). Der Süden hoffe auf diese Weise ganz insgeheim auf einen Ausbau der Ost-Westpiste und somit auf einen Abbau der Südanflüge. Eine Ablehnung der beiden Vorlagen werde aber nur dazu führen, dass die Bürger wie in den vergangenen Jahren wieder in grosser Zahl auf die Strasse gingen. Grosse Hoffnungen auf einen Abstimmungssieg macht sich Bäumle aber nicht: «Ich betrachte die Abstimmung bereits jetzt als verloren.»

Provisorium der Kanti Uster bemängelt

Vogelschützer kritisieren Standort

Was tun, wenn man einen Bau verhindern will, aber selber nicht zum Rekurs legitimiert ist? Man formuliert die Kritik in einem Brief an die Behörden und schickt den Medien eine Kopie. Das tat die Gesellschaft für Natur- und Vogelschutz Uster (GNVU) im Fall des Provisoriums für die Kantonsschule Uster (NZZ 26.8.11). Das Projekt verstosse gegen den Gestaltungsplan für das Gebiet, das der Erholung diene. Ausserdem müssten einzelne Bäume gefällt werden, und die Hecken wären akut bedroht, schrieb sie der Baudirektion und dem Ustermer Stadtrat. GNVU-Präsident Paul Stopper meinte auf Anfrage, unklar sei auch, weshalb für die Pavillons kein anderer Platz gewählt worden sei.

Am Standort Krämeracker, den Stopper nennt, plant jedoch Uster selber ein neues Schulhaus. Die Stadt hat kein Interesse, diese oder andere Flächen mit einem kantonalen Provisorium zu überstellen. Zumal ungewiss ist – das ist Stopper beizupflichten –, ob daraus nicht ein Provisorium wird. Der vorgesehene Standort liegt direkt neben dem Bildungszentrum, in das die Kanti integriert wird. Das Land gehört dem Kanton. Gemäss dem Regierungsrat bleibt der Baumbestand weitgehend erhalten. Das andere Feld unmittelbar beim Bildungszentrum fällt ausser Betracht, weil hier einerseits der definitive Neubau der Kanti Uster entstehen soll, andererseits der Platz für weitere Provisorien benötigt wird, wenn die Berufsschule saniert wird. Laut Thomas Maag, Sprecher der kantonalen Baudirektion, werden die baurechtlichen Bedingungen eingehalten: «Wir haben das Vorhaben mit der Stadt Uster verbesprochen und sind der Ansicht, ein dem Areal angemessenes Projekt erstellen zu können.»